



# Persönlichkeitsrechts- verletzungen und Hate Speech in sozialen Netzwerken

**Prof. Dr. Hubertus Gersdorf**

Universität Leipzig

Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht  
sowie Medienrecht

# Agenda

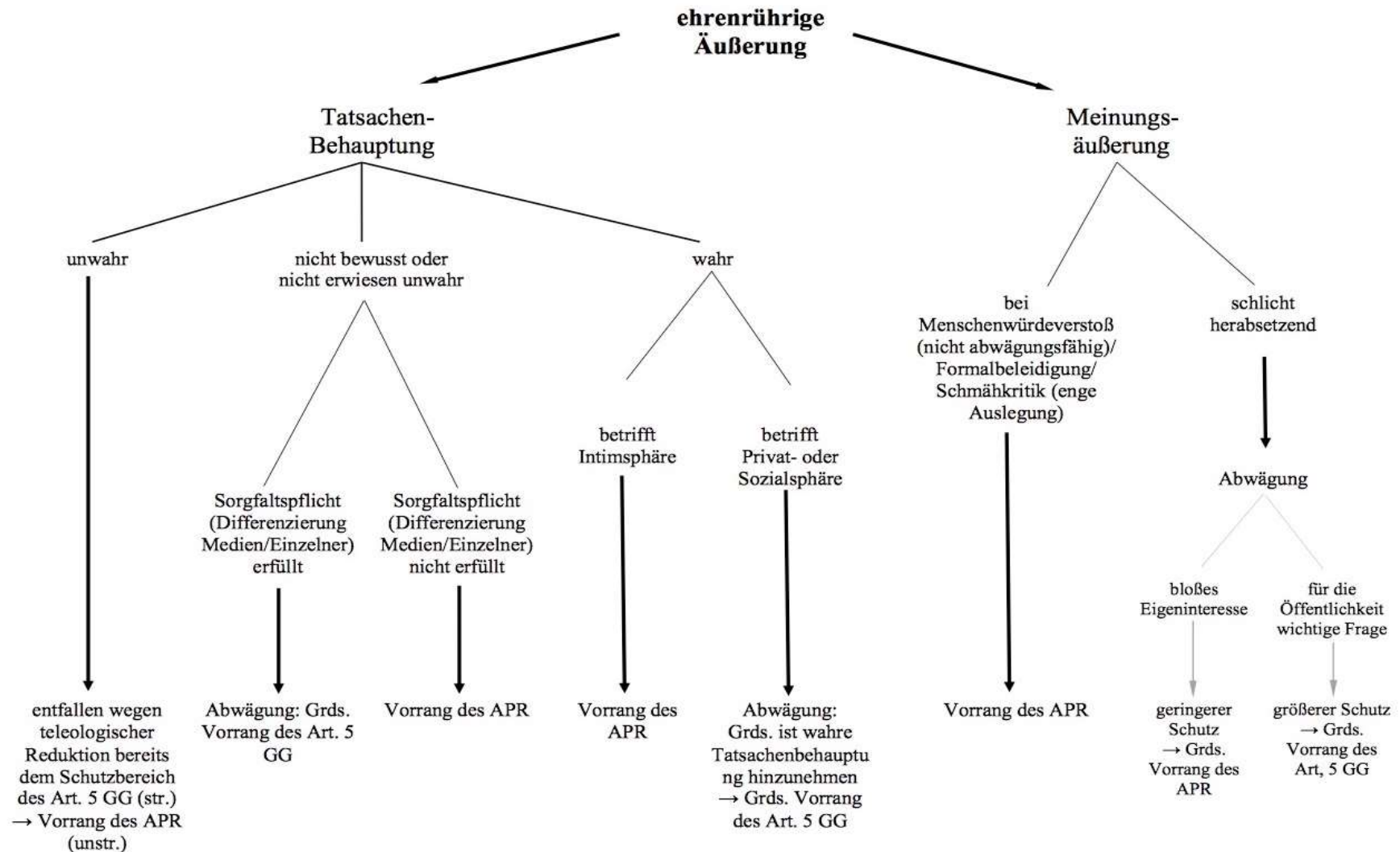
- I. Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Medien: Instrumente zur Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten
- II. Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken:
  - 1. Auskunftsanspruch des Betroffenen gegen den Anbieter sozialer Netzwerke über die Person des sich Äußernden zur Verwirklichung zivilrechtlicher Ansprüche gegen den sich Äußernden
  - 2. Anspruch des Betroffenen gegen den Anbieter sozialer Netzwerke auf Löschung ehrverletzender Inhalte: (Mittelbare) Störerhaftung des Anbieters sozialer Netzwerke
  - 3. Verantwortlichkeit des Anbieters sozialer Netzwerke für rechtswidrige Inhalte (unabhängig von Persönlichkeitsrechtsverletzungen): NetzDG

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Medien

- I. Meinungsfreiheit und Medienfreiheiten (Art. 5 I GG) vs. Persönlichkeitsrechte (Art. 2 I iVm Art. 1 I GG)
- II. Notwendigkeit eines Güterausgleichs: Persönlichkeitsrechte als Schranke der Meinungsäußerungsfreiheit und Medienfreiheiten (Art. 5 II GG: „Schutz der persönlichen Ehre“)
- III. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Abwägungsmaßstab): Abwägung im Lichte der **besonderen Bedeutung der Kommunikationsgrundrechte für die freiheitliche Demokratie** (vgl. am Beispiel der Wortberichterstattung nächste Folie)

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Medien

## Meinungsäußerungsfreiheit versus Persönlichkeitsschutz (APR) (Prüfungsfolge des BVerfG bei Wortberichterstattung)



# Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Medien

## IV. Instrumente zur Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten:

1. **Impressumspflicht der Medien:** Voraussetzung für die Durchsetzung der zivilrechtlichen Ansprüche des Betroffenen (2.) und der Wahrnehmung hoheitlicher Aufsicht (3.)
2. **Zivilrechtliche Widerrufs-, Unterlassungs-, Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche des Betroffenen gegen Medien (Äußerungsrecht)**
3. Hoheitliche (staatsfreie) Aufsicht
  - a) Presse: (-)
  - b) Rundfunk und Telemedien: (+) bei Verletzung von Persönlichkeitsrechten und journalistischen Sorgfaltspflichten (Beispiel: Verbreitung von „Fake News“ jenseits von Persönlichkeitsrechtsverletzungen).  
**Beachte:** In der Praxis spielt die hoheitliche Aufsicht (Landesmedienanstalten) eine nur **geringe Bedeutung**!
4. **Fazit:** Die Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten erfolgt **regelmäßig** durch Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche.



# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

- I. Instrumente zur Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten:
  1. Zivilrechtliche Widerrufs-, Unterlassungs-, Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche des Betroffenen gegen den sich Äußernden  
→ Auskunftsanspruch des Betroffenen gegen den Anbieter sozialer Netzwerke über die Person des sich Äußernden
  2. (Mittelbare) Störerhaftung des Anbieters sozialer Netzwerke: Anspruch des Betroffenen gegen den Anbieter sozialer Netzwerke auf Löschung ehrverletzender Inhalte
  3. Verantwortlichkeit des Anbieters sozialer Netzwerke für rechtswidrige Inhalte (unabhängig von Persönlichkeitsrechtsverletzungen): NetzDG (hoheitliche Aufsicht)

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

II. Auskunftsanspruch des Betroffenen gegen den Anbieter sozialer Netzwerke über die Person des sich Äußernden:

1. Ziel: Geltendmachung zivilrechtlicher Widerrufs-, Unterlassungs-, Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche des Betroffenen gegen den sich Äußernden

## 2. Bisheriges Recht:

a) (Einseitiger) Datenschutz des Nutzers gem. § 12 II TMG: Erfordernis einer gesetzlichen Regelung der Herausgabe der Bestandsdaten

b) § 14 II TMG:

(1) Herausgabe der Bestandsdaten zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum

(2) Analoge Anwendung des § 14 II TMG bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen? Der BGH verneint dies. Kritik:

- Bei schweren Persönlichkeitsverletzungen bejaht der BGH **entgegen § 253 I BGB** unter engen Voraussetzungen einen Entschädigungsanspruch
- Bei fehlender analoger Anwendbarkeit: **Verfassungswidrigkeit** der §§ 12 II, 14 II TMG

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

## 3. Änderung des § 14 TMG (Beschl. des Bundestages vom 30.06.2017):

a) § 14 III TMG: **Auskunftsanspruch** des Betroffenen gegen den Betreiber sozialer Netzwerke zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche wegen der Verletzung absolut geschützter (Persönlichkeits-)Rechte

b) **Richtervorbehalt** des § 14 IV TMG:

(1) Herstellung von „**Waffengleichheit**“ zwischen dem sich (anonym) Äußernden und Betroffenen

(2) Erfordert Art. 10 I GG einen Richtervorbehalt?

- **Bestands**daten sind durch Art. 10 I GG geschützt, soweit sich durch sie ein Teilnehmer der **Individual**kommunikation ermitteln lässt: Kommunikation in sozialen Netzwerken als Ausdruck der Individualkommunikation?
- BVerfG: Nur bei „schweren Grundrechtseingriffen“ gilt der Richtervorbehalt

c) Bejahte man einen Eingriff in Art. 10 I GG, wäre § 14 III TMG wegen Verstoßes gegen das **Zitiergebot** des Art. 19 I 2 GG **verfassungswidrig**.



# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

III. (Mittelbare) Störerhaftung des Anbieters sozialer Netzwerke: Anspruch des Betroffenen gegen den Anbieter sozialer Netzwerke auf Löschung von ehrverletzenden Inhalten:

1. Haftungsprivileg des Hostproviders gem. § 10 TMG:

- a) Freistellung von strafrechtlicher Verantwortlichkeit und zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen
- b) (Mittelbare) Störerhaftung: **Prüf- und Löschungspflichten nur im Rahmen des Zumutbaren (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)**

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

c) Problem: Gilt das Haftungsprivileg des Art. 10 TMG für soziale Netzwerke? Grundrechtliche Einordnung: Anbieter sozialer Netzwerke als Träger des Art. 5 I GG? **Besonderheiten** der Anbieter sozialer Netzwerke und deren Relevanz für den Schutz durch die Mediengrundrechte:

(1) Verbreitung nicht eigener, sondern nur **fremder** Inhalte:

- Medien sind auch bei Bereithaltung fremder Inhalte durch Art. 5 I 2 GG geschützt, wenn sie eine publizistische Auswahlentscheidung vornehmen und die redaktionelle Gesamtverantwortung für die Inhalte übernehmen.
- Doch auch ohne publizistische Auswahlentscheidung greift der Schutz des Art. 5 I 2 GG (Beispiele: Wirtschaftswerbung, Leserbrief, Interview, Pressespiegel).
- → Art. 5 I 2 GG schützt auch bei der Verbreitung von nur **fremden** Inhalten

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

(2) Sortier- und Selektionsfunktionen erfolgen durch **Algorithmen**, ohne dass der **Anbieter** einen (kognitiven und voluntativen) **Bezug zu fremden Inhalten** (der Nutzer) hat:

- Auch (klassische) Onlinemedien bedienen sich bei der Informationsbeschaffung und Produktion bzw. bei der Bereitstellung publizistischer Inhalte bereits heute intelligenter Software (Algorithmen). Aufgrund der zu erwartenden **Individualisierung** von (Werbung und) Medienangeboten wird die softwaregestützte Selektion erheblich an Bedeutung gewinnen. **Algorithmen sind publizistisch relevante Selektionsparameter** moderner Medien.
- Soziale Netzwerke wie Facebook steuern durch **Algorithmen** den Newsfeed, d.h. die Informationsbasis des Einzelnen, und **beeinflussen so den Kommunikationsprozess** („Echokammer“, „Filterblasen“) → **Träger der Medienfreiheiten** des Art. 5 I 2 GG
- **Fazit:** Soziale Netzwerke sind weder strikt inhaltsneutrale Hostprovider noch (publizistisch tätige) klassische Medienanbieter. Im Hinblick auf die **haftungsrechtlich relevante** Bereitstellung fremder Inhalte sind Anbieter sozialer Netzwerke aber (eher) **Hostprovider**, sodass die Anwendbarkeit des Haftungsprivilegs des § 10 TMG gerechtfertigt ist.

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

IV. NetzDG: Verantwortlichkeit des Anbieters sozialer Netzwerke für rechtswidrige Inhalte (unabhängig von Persönlichkeitsrechtsverletzungen)

1. Legitimes Ziel: Wahrung der Rechtsordnung (iSd § 1 III NetzDG) in sozialen Netzwerken
2. Mittel (NetzDG-**Entwurf**): Einrichtung eines Beschwerdemanagements und Verpflichtung zur Löschung von
  - a) **offensichtlich rechtswidrigen Inhalten** innerhalb von **24 Stunden**
  - b) (schlicht) **rechtswidrigen Inhalten** innerhalb von **7 Tagen**
  - c) **Bußgeldbewehrung** bei systematischer Missachtung von **Löschungspflichten**
3. **Verfassungsrechtliche Direktiven:**
  - a) Wahrung des **Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit**
  - b) Bei Eingriffen in die Kommunikationsgrundrechte des Art. 5 GG: Abwägung im Lichte der **besonderen Bedeutung der Kommunikationsgrundrechte für die freiheitliche Demokratie**

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

4. Die Prüfung der Rechtswidrigkeit durch Private („Privatisierung der Rechtsdurchsetzung“) ist für sich genommen **nicht** zu beanstanden (vgl. Rspr. zur Störerhaftung)
5. **Aber:** Die starre 7 Tage-Regelung des NetzDG-Entwurfs lässt keinen Raum für die Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit:
  - a) Die Prüfung der Rechtswidrigkeit des Inhalts kann sich als komplex erweisen und innerhalb von 7 Tagen **nicht zu leisten** sein (vgl. [Folie 4](#)).
  - b) **Nicht** einmal **Medien** obliegen **starre (bußgeldbewehrte)** Prüfpflichten.
  - c) Referenzmaßstab für soziale Netzwerke: Grundsätze der Verbreiterhaftung (Veröffentlichung von Pressespiegeln, Leserbriefe, Anzeigen etc.)
  - d) **Fazit:** Die starre 7 Tage-Frist des NetzDG-Entwurfs birgt die Gefahr von **Overblocking** und ist verfassungswidrig.



# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

6. NetzDG in der Fassung des Beschl. des Bundestages vom 30.06.2017:
- a) 7 Tage-Frist gilt nur „**in der Regel**“
  - b) Frist kann überschritten werden,
    - (1) wenn die Entscheidung über die Rechtswidrigkeit des Inhalts von der Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung abhängt.
    - (2) die Entscheidung einer **Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung** übertragen wird.
  - c) **Kritik:**
    - (1) Anders als im Landesrecht obliegt die Anerkennung und Aufsicht über die Selbstkontrollereinrichtung nicht staatsfreien Institutionen (Landesmedienanstalten), sondern dem Bundesamt für Justiz, sodass Zweifel an der Vereinbarkeit mit dem Gebot der **Staatsfreiheit des Kommunikationsprozesses** bestehen.
    - (2) Aufbau (verfassungswidriger) **doppelter Aufsichtsstrukturen**, weil den Ländern die Aufsicht über soziale Netzwerke obliegt.

# Persönlichkeitsrechtsverletzungen in sozialen Netzwerken

## 7. Keine Intervention des Bundesrates und der Bundesländer, obgleich

- a) Anbieter sozialer Netzwerke Telemedien sind, für die die verfassungsmäßige Ordnung und die allgemeinen Gesetze gelten (§ 54 I 2 und 3 RStV). Die Aufsicht hierüber bestimmt sich nach § 59 II bis IV RStV.
- b) eine Erforderlichkeit für eine bundesgesetzliche Regelung iSd Art. 72 II GG – schon mit Blick auf die bestehenden Regelungen im RStV – nicht erkennbar ist.
- c) Fazit:
  - (1) Die Einhaltung der Rechtsordnung in sozialen Netzwerken unterfällt der **Länderkompetenz**.
  - (2) Prüfung der Rechtswidrigkeit der Inhalte entweder durch Landesmedienanstalten oder durch die von diesen **regulierten Selbstkontrolleinrichtungen** (Parallele: Jugendmedienschutz nach Landesrecht)
  - (3) Keine weitergehenden Prüfpflichten, sondern nur **Löschungspflichten** der Anbieter sozialer Netzwerke
  - (4) Kein Aufbau von (verfassungswidrigen) Parallelstrukturen auf Bundesebene

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**